



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen und  
Beteiligungen -

## Tagesordnung II Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 7. Dezember 2022

Vorlagen-Nr. 22-V-14-0001

**Jahresabschluss zum 31.12.2020 der LHW  
Entlastung des Magistrats gem. § 114 HGO**

---

### **Beschluss Nr. 0373**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird folgendes zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Der durch das Revisionsamt geprüfte Jahresabschluss des HHJ 2020 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt 45.512.514,70 € (Vj. - 14.367.692,93 €) ab. Das Jahresergebnis setzt sich aus einem ordentlichen Jahresüberschuss in Höhe von 48.529.763,29 € sowie einem außerordentlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von - 3.017.248,59 € zusammen. Die Bilanzsumme hat sich zum Vorjahr um 3,8% auf 2,9 Mrd. € erhöht.
- 1.2 Die Jahresüberschüsse wurden in den Vorjahren mit den Rücklagen aus ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis verrechnet. Durch den Überschuss im Jahresergebnis 2020 erhöhte sich die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach Buchung der Ergebnisverwendung auf 218.912 Tsd. €.
- 1.3 Auf der Grundlage der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse und der Einschätzung der bilanziellen Auswirkungen der vom Revisionsamt berichteten Prüfungsfeststellungen entspricht der Jahresabschluss den gemeindehaushaltsrechtlichen, landesrechtlichen und den ergänzenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW.
- 1.4 Der Rechenschaftsbericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LHW und stellt die Risiken der zukünftigen Entwicklung bis zum Redaktionszeitpunkt der Kämmerei im Oktober 2021 zutreffend dar.
- 1.5 Nach den gewonnenen Erkenntnissen bei unserer bis August 2022 durchgeführten Prüfung ist nachrichtlich anzumerken, dass sich mehrere Risikofaktoren aufgrund der anhaltenden Belastungen durch die Corona-Pandemie sowie den Ukraine-Konflikt spürbar negativ entwickelt haben. Zu nennen sind gestörte Lieferketten, die allgemeine Preisteuerung, die Marktzensentwicklung und Energieversorgungsengpässe. Belastbare Aussagen zu den Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt sind aktuell nicht verlässlich möglich.

1.6 Der Bericht zu den wesentlichen Ergebnissen des Jahresabschlusses der LHW für das Haushaltsjahr 2021 (22-V-20-0017) weist ein Jahresdefizit von 109,2 Mio. € (Stand April 2022) aus. Dies führt zu einem Rückgang der Rücklagen. Die Bilanzsumme verzeichnet einen Rückgang auf 2,85 Mrd. €. Es besteht laut Ausblick das Risiko, dass bei anhaltenden finanziellen Belastungen aufgrund bestehender und neuer Aufgaben sowie den Folgen von Krisen und Pandemien die finanzielle Situation weiterhin angespannt bleibt und die Rücklagen aufgezehrt werden.

1.7 Zur aktuellen Entwicklung der Haushaltslage der LHW möchten wir auf die Ausführungen der Sitzungsvorlage „Kassensturz“ (22-V-20-0040) hinweisen. Die darin zugrunde gelegte Hochrechnung (Stand Juli 2022) geht von einem prognostizierten Defizit von -76 Mio. € für das HHJ 2022 aus (geplantes Defizit rd. -67 Mio. €). Die Genehmigung des Haushaltsplans des kommenden Jahres durch die Aufsichtsbehörde ist weiterhin abhängig vom Jahresergebnis des HHJ 2022.

1.8 Dem Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 konnte ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt werden.

2. Dem Magistrat wird gemäß § 114 HGO die Entlastung für den Jahresabschluss 2020 erteilt.

(antragsgemäß Magistrat 29.11.2022 BP 0972)

### Tagesordnung III

Wiesbaden, .12.2022

Dr. Reinhard Völker  
Vorsitzender